

Abriss oder Architektur-Archiv: Was wird aus dem früheren Ostwall-Museum?

geschrieben von Bernd Berke | 2. November 2012

Es gibt Betrübliches von einer „prominenten“ Dortmunder Baulichkeit zu berichten. Das frühere Dortmunder Museum am Ostwall (dessen Bestände bekanntlich ins „Dortmunder U“ umgezogen sind) gammelt allem Anschein nach erbärmlich vor sich hin.

Schon der flüchtige Laienblick von außen lehrt jedenfalls das Gruseln. Rundum sprießt Vegetation durch die Ritzen zwischen den Steinen, ginge es so weiter, könnte irgendwann die „Natur“ das ganze Areal zurückerobert haben.



Rückseite des früheren Museums am Ostwall im Sommer 2012 (Foto: Bernd Berke)

Die Freitreppe hinterm Haus ist in einem kläglichen Zustand. Zwischenzeitlich sind hier angeblich Drogengeschäfte abgewickelt worden, das verwahrloste Ambiente hat sich wohl geradezu dafür angeboten. Die Plastiken im kaum gepflegten Gartenbereich sind nicht nur von Sprayern versaut worden, sondern dümpeln bei entsprechender Witterung auch in

Wasserlöchern. An der Frontseite zum Ostwall hin zeigt sich der schmucklose Bau noch einigermaßen präsentabel, wenn auch schon die ersten Buchstaben der Aufschrift gestohlen worden sind. Vorne hui...



Ein bisschen Schwund ist immer: Schriftzug des Museums, Zustand Ende Oktober 2012 (Foto: Bernd Berke)

Dabei heißt es, dass zwischenzeitlich schon etwa 800.000 Euro in die Sanierung gesteckt worden seien, um das Gebäude z. B. für eine etwaige Veräußerung aufzuhübschen. Ein Investor zeigt sich kaufbereit, will aber das frühere Museum abreißen und statt dessen Seniorenwohnungen errichten. Ob die Stadt solchen Lockungen nachgibt? Eigentlich war der Verkauf der Immobilie schon Ende 2010 beschlossene Sache. Doch dann haben sich die Kräfte verschoben: Es gibt eine womöglich reizvolle Alternative, die freilich bestens durchgerechnet werden muss.



Plastik im Restgrün-Bereich
ums frühere Ostwall-Museum,
Sommer 2012 (Foto: Bernd
Berke)

Das Ostwall-Museum ist – wie gesagt – im Oktober 2010 ins heute immer noch seltsam unfertige, gleichwohl sündhaft überteuerte „Dortmunder U“ (früherer Brauereiturm) umgezogen. Schon lange währt das Gezerre darum, was aus dem leeren Gebäude werden soll. Anfangs hatte es geheißen, die stetig gewachsene Jüdische Gemeinde könne das Objekt nutzen, nun ist seit geraumer Zeit von einem „Baukunst-Archiv NRW“ die Rede. Ein Kernbestand für eine solche Einrichtung befindet sich bereits in der Stadt: An der Universität (TU) werden seit 1995 Nachlässe von etwa 50 bedeutenden Architekten betreut. Es wäre ein Signal, wenn all dies und vielleicht mehr mitten in die Stadt rückte. Der Dortmunder Professor Wolfgang Sonne hat denn auch die Archiv-Idee ins Gespräch gebracht. Ein solches Institut in einer Stadt, in der etliche Kahlschläge und Bausünden zu besichtigen sind – das hätte gerade was! Es wäre zwar längst nicht so populär, aber gleichsam origineller als das künftige Deutsche Fußball-Museum, das quasi jedermann just in dieser Stadt erwarten würde.

Man hofft inständig, dass das Land NRW mindestens 80 Prozent der Umbaukosten fürs Baukunst-Archiv bezahlt. Die Entscheidungen zogen und ziehen sich hin, sowohl in Düsseldorf als auch in Dortmund. Offensichtlich und aus nachvollziehbaren Gründen scheuen die Kommunalpolitiker jedes Risiko, hier einen

weiteren, schwer kalkulierbaren Kostgänger heranzuzüchten. Dies wäre in der verschuldeten Stadt auch schwerlich zu vermitteln.



Andere Ansicht des früheren Museums am Ostwall (Foto: Bernd Berke)

Es müsste also eine tragfähige Konstruktion mit Förderverein und eventuell mit Landeszuschüssen gefunden werden, mit denen die laufenden Kosten (ca. 300.000 Euro im Jahr, andere Schätzungen lauten auf 425.000 Euro) zu stemmen wären. Vor allem der ehemalige Bauminister Prof. Christoph Zöpel macht sich beim Förderverein, der im Juli in Düsseldorf begründet wurde, fürs Dortmunder Baukunst-Archiv stark. Auch Dortmunds früherer Baudezernent Klaus Fehlemann gehört zu den entschiedenen Befürwortern. Oberbürgermeister Ullrich Sierau und Kämmerer Jörg Stüdemann zeigen sich gleichfalls keineswegs abgeneigt; wenn es denn für die Stadt kostenneutral ausgeht...

Mit realistischen und belastbaren Vorschlägen zur Finanzierung eilt es jetzt wahrlich. Am 15. November soll im Dortmunder Rat (Sitzung ab 15 Uhr) die endgültige Entscheidung fallen. Wenn bis dahin nichts Vernünftiges auf dem Tisch liegt, dürfte es wohl doch zum Abriss kommen. Für diesen Fall kann man sich die hämischen Kommentare der überregionalen Presse schon ungefähr ausmalen. Auch kann man sich lebhaft vorstellen, welchen Sturm der Entrüstung ein vergleichbarer Vorgang in Städten mit

starkem Bürgertum auslösen würde.

Städtebauminister Zöpel: Kosten für Denkmalpflege werden „dramatisch“ steigen

geschrieben von Bernd Berke | 2. November 2012

Von Bernd Berke

Im Westen. Die Kosten für Erhaltung und Pflege der Baudenkmäler in Landesbesitz werden in den nächsten Jahren „dramatisch“ steigen. Dies prophezeite NRW-Städtebauminister Christoph Zöpel gestern bei der Eröffnung einer Denkmalschutz-Ausstellung in Düsseldorf.

Die Folgen des „Steinsterbens“ seien, weil irreparabel, womöglich noch schlimmer als die Konsequenzen des Waldsterbens, befürchtet Zöpel. Der Minister: Abgestorbene Bäume könnten zur Not durch Neuanpflanzung ersetzt werden, zerstörte Denkmäler seien ein für allemal verloren.

Grund genug, die landeseigenen Baudenkmäler Zwecks intensiver Betreuung aufzulisten. Diese Liste ist jetzt komplett. Sie umfaßt genau 385 erhaltenswerte Denkmäler seit der Karolingischen Zeit bis ins 20. Jahrhundert. Es handelt sich dabei um wichtigsten von insgesamt 8000 Denkmälern in Landesbesitz – vor allem das bauliche Erbteil der Preußischen Obrigkeit wie Land- und Amtsgerichte, Gefängnisbauten und Polizeipräsidien, aber auch Schlösser und Kirchen. Unter anderem gehören dazu: Gerichtsgebäude in Dortmund, Lünen, Hagen, Wetter, Lüdenscheid, Meschede und Olpe, das Oberbergamt Dortmund, das Untere Schloß in Siegen, das frühere

Augustinerkloster in Attendorn und das Arnsberger Forstamt.

In diesen Tagen geht die vom Zöpel-Ministerium erstellte Liste den betroffenen Gemeinden zu. Diese sind rechtlich verpflichtet, die Denkmäler in die örtlichen Schutzlisten aufzunehmen. Das wiederum bedeutet, daß keines dieser 385 Denkmäler in seiner historischen Gestalt ohne Genehmigungsverfahren verändert werden darf.

1985 werden rund 20 Mio. DM für die Erhaltung der landeseigenen Denkmäler ausgegeben, während es zwischen 1980 und 1984 insgesamt 60 Mio. DM, also „nur“ 12 Millionen pro Jahr gewesen sind. Der erhöhte Aufwand hat, so Minister Zöpel, auch arbeitsmarktpolitische Effekte. Vor allem der handwerklich orientierten Bauwirtschaft werde dies „nicht schlecht bekommen“.

Da mittlerweile in NRW mehrere Ausbildungsgänge für Restaurationswesen bestehen, wird man für die einschlägigen Arbeiten wohl auch immer seltener polnische Experten heranziehen müssen. Gleichsam als flankierende Maßnahme ist in Aachen eine „Informationsstelle für Bauschadenforschung“ eingerichtet worden, die sich sowohl um rissige Brücken als auch um verwitterte Denkmäler kümmert.